

A photograph of a large fire burning in a city street. The fire is bright orange and yellow, rising high into the air. In the background, there are silhouettes of people and a dog. The scene is hazy and appears to be a protest or riot.

**Politik statt
Gewalt!**

DIE LINKE.

Fraktion im Sächsischen Landtag

Sachsen in der Gewaltspirale

Gewalt mit Verweis auf politische Ziele hat leider Konjunktur. Auch rhetorische Brandstiftung, etwa von PEGIDA, der AfD oder Teilen der CDU, führt oft zu gewaltsamem Handeln: Asylheime werden angezündet, Politiker und Journalisten attackiert. 2015 gab es viermal so viele Straftaten gegen Asylunterkünfte wie 2014, Sachsen ist Spitzenreiter. Viele Orte sind Synonyme für rassistische Gewalt geworden: Freital, Heidenau, Meißen, Freiberg. Die Täter sind Staatsfeinde und Menschenfeinde zugleich.

Das Gewaltmonopol wankt

Die CDU hat Polizei und Justiz per Stellenabbau beinahe handlungsunfähig gemacht. Das führt zu Sicherheitslücken, Überlastung, Demoverboten. Anstatt ausreichend aufzustocken, setzt die Regierung auf Scheinlösungen wie die Wach»polizei«. Das staatliche Gewaltmonopol muss erhalten, Kriminalität muss verfolgt, die Werte des Grundgesetzes durchgesetzt werden! Versammlungs- und Pressefreiheit sind ebenso zu schützen wie Asylunterkünfte, wofür wir im Landtag streiten (*Drs 6/3203, 6/3295*)

Gewalt richtig analysieren

Probleme müssen korrekt eingeschätzt werden. Das geschieht nicht, wenn CDU-Politiker nach autonomen Krawallen wie in Leipzig von »Staatsfeinden« sprechen, dies bei fremdenfeindlichen Mobs wie in Heidenau aber unterlassen und vielmehr von »berechtigten Ängsten« faseln. Ja, der Gesellschaftswandel bringt Ängste, die meisten sind aber irrational. Nichts davon berechtigt zu Terror, von niemandem.

Rechtfertigungen sind keine

Gewalt ist nie gerechtfertigt, egal, welche Pseudomotive sie begründen sollen. Auch linke Positionen legitimieren sie nicht. Gewalt in einer Demokratie diskreditiert alle Anliegen, auch gute, und nützt denen, die Vorurteile – etwa über die radikale Linke – verbreiten. Den Kampf um Mehrheiten führen wir ausschließlich mit demokratischen Mitteln.

Kritik verharmlost nicht

Wenn wir Versammlungsbehörden oder rechtswidriges Agieren von Polizisten kritisieren,

relativieren wir damit nicht die Gewalt anderer. Die Polizei besitzt keinen Blankoscheck für jegliche Gewaltanwendung, sie unterliegt demokratischer Kontrolle. Friedlicher Protest gegen Nazis muss in Hör- und Sichtweite möglich sein, darf nicht kriminalisiert werden! Das geschieht in Sachsen leider oft, wie etwa der Fall Lothar König zeigt. Auch einzelne Polizisten haben offenbar ein falsches Feindbild. Pauschale Verdächtigungen sind aber falsch: Es gibt nicht »die Polizisten«, auch nicht »die Autonomen«.

Autonome heißen Autonome, weil ...

... sie unabhängig, eben autonom, von Strukturen wie Parteien agieren. Manche sind nur auf Gewalt aus und fordern den Rechtsstaat heraus. An sie appellieren auch wir: Keine Gewalt!

Alle müssen aus Gewalt lernen

Wir alle müssen darauf achten, dass unsere Worte und Taten niemandem einen Vorwand für Gewalt geben. Das sollte vor allem die AfD bedenken, deren Äußerungen oft geistige Brandfackeln sind, die andere in Gewalt umsetzen.

Nicht reden, handeln!

Es ist überflüssig, täglich zu erklären, dass man Gewalt ablehnt. Das steht bei demokratischen Parteien wie der LINKEN außer Zweifel. Bekenntnis- und Empörungsdébatten nach Ausschreitungen helfen nicht, können sogar notwendiges Handeln behindern. Die Eskalation von Konflikten ist zunächst ein politisches, kulturelles, soziales und dann ein polizeiliches und strafrechtliches Problem. In dieser Reihenfolge muss sie bearbeitet werden. Neben sozial- und bildungspolitischen Maßnahmen, die Lebensperspektiven schaffen und Radikalisierung verhindern, sollten gewaltfreie Subkulturen unterstützt werden, sollten Versammlungsbehörden und Polizei sensibel handeln, Gewaltursachen erforscht werden. Also: Politik statt Gewalt, Politik gegen Gewalt!

*Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Telefon: 0351/493-5800, Fax: 0351/493-5460
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann, Stand: Dezember 2015
linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de*